

Reader

Politiktest 2002

2. - 4. Juli 2002, Berlin



ROBERT BOSCH STIFTUNG

Wolfgang Thierse

Grußwort des Schirmherrn



Wolfgang Thierse

Jahrgang 1943, studierte Kulturwissenschaft und Germanistik, anschließend 1975/76 Mitarbeiter im Ministerium für Kultur der DDR und 1977-90 Mitarbeiter an der Akademie der Wissenschaften der DDR. Bis Ende 1989 parteilos, 1990 Eintritt in SPD, Vorsitzender der SPD (DDR), seit 1990 im Deutschen Bundestag. Stv. Fraktions- und Parteivorsitzender der SPD. Seit 26. Oktober 1998 Präsident des Deutschen Bundestages.

Schirmherr des Politiktest 2002

Von Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit wird ja immer gern gesprochen. Wenn sich die Parteien ansonsten bei fast allen wichtigen Streitfragen zanken, in einem Punkt scheinen sie sich einig zu sein: Sie alle wollen eine nachhaltige und generationengerechte Entwicklung herbeiführen.

Diese ungewohnte Einigkeit zwischen den Parteien sollte stutzig machen. Schließlich muss man bedenken: Die Entscheidungsträger von heute werden die langfristigen Auswirkungen ihrer Politik gar nicht mehr erleben. Niemand wird sie in hundert Jahren für ihr Handeln – oder ihr Nicht-Handeln! – zur Rechenschaft ziehen. Da liegt es eigentlich näher, gegenwartsorientierte Politik zu machen, um seine Wähler nicht zu vergraulen.

Diese Erkenntnis ist nicht neu. Schon Richard von Weizsäcker erkannte das grundlegende Strukturproblem der Demokratie „in der Verherrlichung der Gegenwart und der Vernachlässigung der Zukunft“. Neu ist aber, dass endlich Jugendliche – also diejenigen, die am längsten und härtesten von einer verfehlten Politik betroffen sind – die Aussagen der Wahlprogramme unter die Lupe nehmen und prüfen, ob sie überhaupt das begehrte Prädikat „nachhaltig“ verdienen. Einen solchen unabhängigen „Politiktest“ halte ich für einen nicht zu unterschätzenden Fortschritt in unserer gewachsenen demokratischen Kultur. Er ist auch ein weiterer Schritt vorwärts in eine generationengerechte Zukunft.

Daher habe ich mich gerne bereit erklärt, die Schirmherrschaft über den Politiktest-Kongress zu übernehmen. Er ist ein ganz konkretes Beispiel dafür, wie auch Jugendliche etwas bewirken können. Dafür wünsche ich dem Jugendkongress viel Erfolg.

Wolfgang Thierse

Grußwort der Organisatoren

**„Der Politiker denkt an die nächsten Wahlen,
der Staatsmann an die nächste Generation.“**

William Gladstone, engl. Premierminister (1832-1889)

In einer Demokratie mit kurzen Wahlperioden stellt sich das grundsätzliche Problem, dass die politisch Verantwortlichen tendenziell nur in Zeiträumen von wenigen Jahren, nicht aber für die kommenden Jahrzehnte und Jahrhunderte denken und planen. In aller Regel sind ihre Handlungen gegenwartsbezogen, also an den Wünschen und Bedürfnissen der erwachsenen Bürger mit Wahlrecht orientiert. Die Interessen nachrückender Generationen bleiben unberücksichtigt. Daher werden wir uns einmischen: Wir jungen Menschen und alle künftigen Generationen haben ein Recht auf ein selbstbestimmtes Leben. Die Lebensqualität in der Zukunft darf nicht schlechter sein als heute. Das Prinzip der Generationengerechtigkeit sehen wir in der Bundesrepublik und auf der ganzen Welt vor allem in fünf Problembereichen gefährdet:

1. Umwelt: Treibhauseffekt, Ressourcenverknappung und Massenmobilität sind Synonyme für unseren Raubbau an der Natur. Die Umweltkrise hat sich im letzten Jahrzehnt verschärft.

2. Globalisierung: Die Globalisierung der Märkte bringt schwerwiegende ökologische und soziale Probleme mit sich. Die Hoffnung auf globale politische Strukturen zur Überwindung dieser Probleme bleibt derweil unerfüllt.

3. Bildung: Köpfe sind heute die wichtigsten Ressourcen für die Zukunft. Doch das deutsche Bildungssystem ist marode, ungerecht und veraltet. Im internationalen Bildungs-Wettbewerb ist Deutschland sitzengelassen.

4. Staatsverschuldung: Die Staatsverschuldung ist in schwindelerregende Höhen gewachsen und nimmt trotz Sparkurs jährlich zu. Längst lebt die herrschende Generation nicht mehr im Rahmen ihrer Mittel, sondern bürdet die Kosten für ihren Konsum den nachfolgenden Generationen auf.

5. Kinderrechte: Um die notwendigen Reformen in Angriff zu nehmen, müssen Kinder und Jugendliche mehr politische Mitspracherechte bekommen. Nur wenn die Jugend im Kalkül der Politiker zu einer wirklichen Einflussgröße wird und das Potential der Jugend an Phantasie und Tatkraft in die gesellschaftliche Entwicklung eingebunden werden, besteht eine Chance auf Änderung der herrschenden Verhältnisse.

Auf dem Politiktest-Kongress werden wir die Wahlprogramme der Parteien analysieren: Welche Lösungsmöglichkeiten bieten sie in den beschriebenen Problemfeldern? Wer denkt an die Menschen in hundert Jahren? Welche Parteien sind in welchen Bereichen am kompetentesten? Diesen Fragen wollen wir uns kritisch und unvoreingenommen stellen. Die folgenden Beiträge sollen dabei lediglich als Diskussionsgrundlage dienen. Wir werden die Konzepte der Jugend für eine nachhaltige Politik formulieren und unsere Stimme für eine lebenswerte Zukunft erheben. Dabei wünschen wir allen Teilnehmern viel Erfolg und viel Spaß.

Wolfgang Gründinger
Projektleiter „Politiktest-Kongress“

Maike Sippel
Vorsitzende YOIS Deutschland

Inhaltsverzeichnis

Grußwort des Schirmherrn	2
Grußwort der Organisatoren.....	3
Inhaltsverzeichnis	4
Referent	
Dr. Franz Alt	
Dimension Zukunft – Neue Wege ins 21. Jahrhundert	5
Arbeitskreise	
AK Umwelt – Die Schöpfung bewahren	6
AK Globalisierung – Globalisierung nachhaltig gestalten	10
AK Bildung - Bildungspolitik im Umbruch.....	13
AK Staatsverschuldung – Generationengerechte Finanzpolitik	16
AK Kinderrechte – Generationengerechte Jugendpolitik	19
Organisation	
To follow the Better Argument – Diskussionsregeln (engl.)	21

Impressum

Herausgeber:

YOIS Deutschland e.V.
Haus Rissen
Rissener Landstr. 193
22559 Hamburg
Tel. 040-82290424
Fax 040-82290425
www.yois.de

Redaktion:

Ulf Banscherus (AK Bildung)
Armin Frey (AK Globalisie-
rung)
Ulf Kurz (AK Staatsverschul-
dung)
Katrin Müller van Ißem (AK
Kinderrechte)
Martin Viehöver (AK Umwelt)

V.i.S.d.P.:

Wolfgang Gründinger

Layout:

Maike Sippel

© 2002 by YOIS Deutschland e.V.

Dr. Franz Alt

Dimension Zukunft Neue Wege ins 21. Jahrhundert



In Deutschland haben erst zehn Prozent aller Kommunen mit der „Agenda 21“ begonnen – in England sind es schon 55 Prozent und in den skandinavischen Ländern zwischen 70 und 80 Prozent. Warum ist Deutschland bisher so wenig zukunftsfähig?

Die erste Nachkriegsgeneration hat in den 50er und 60er Jahren das in der ganzen Welt bestaunte deutsche Wirtschaftswunder geschaffen. Ist es uns heute möglich, in Deutschland und von Deutschland aus ein ähnliches „Wunder“, diesmal aber ein ökologisches Wirtschaftswunder zu initiieren?

Massenarbeitslosigkeit und die ökologische Krise sind nach der überwiegenden Meinung der Bundesbürger in überschaubarer Zeit die bedeutendsten politischen Probleme. Politiker, Gewerkschafter, Unternehmer, aber auch wir Journalisten beschreiben diese beiden wichtigsten Themen fast ausschließlich als „Probleme“, „Gefahren“ oder „Katastrophen“. Gibt es gar keine Chancen? Kann es nicht sein, dass sich gerade in der Kombination dieser beiden „Probleme“ auch Auswege aus dem Dilemma ergeben? Wo also liegt die Chance der großen Krisen unserer Zeit?

Die Krisen sind genug dargestellt, jetzt brauchen wir endlich Visionen für Lösungen. Dabei fehlt es überhaupt nicht an Ideen – was freilich fehlt, ist der politische Mut und der gesellschaftliche Wille zur Veränderung. In vorwurfsvollem Ton behaupten Politiker oft: „Wir leben über unsere Verhältnisse.“ In Wirklichkeit bleiben wir bisher weit unter unseren Möglichkeiten. Ich will Mut machen in Zeiten der Resignation; ich will Hoffnung anstiften, weil sie unsere wichtigste Zukunftsressource ist. Ich lade Sie ein zu einer Reise voller Überraschungen.

Visionen für das 21. Jahrhundert: umweltschonendes effizientes Wirtschaften, Nutzung der Sonnenenergie, ökologisches Bauen, Aufbau servicefreundlicherer öffentlicher Verkehrssysteme, Wege zu einer biologischen Landwirtschaft, eine ökologische Steuerreform und flexible Arbeitsstrukturen. Das dadurch mögliche ökologische Wirtschaftswunder schafft Arbeitsplätze und sichert Wohlstand für alle. Seine Realisierung fordert nicht nur Politiker oder Manager zum Umdenken heraus, sondern jeden einzelnen.

Die lokale Agenda 21 mit ihren ökonomischen, ökologischen und sozialen Chancen ist die humanste Vision für ein gutes 21. Jahrhundert.

Dr. Franz Alt, Jahrgang 1938, studierte Politische Wissenschaften, Geschichte, Philosophie und Theologie. 1972-1992 Leiter und Moderator des Magazins „Report“ beim SWR, seit 1992 Leiter der Zukunftsredaktion des SWR und zusätzlich 1997-2000 des Magazins „Querdenker“ bei 3sat. Seit 2000 Leiter und Moderator des Magazins „Grenzenlos“ bei 3sat. Zahlreiche Veröffentlichungen, u.a. „Die Sonne schickt uns keine Rechnung“, und Auszeichnungen, u.a. den Deutschen und Europäischen Solarpreis für Publizistik.

Arbeitskreis Umwelt

Die Schöpfung bewahren

I. Einleitung

Die natürliche Umwelt ist essenzielle Lebensgrundlage für die lebenden und für zukünftige Generationen. Ohne die verschiedenen „Leistungen“ der Natur, wie z.B. „frische Luft“, „fruchtbarer Boden“ oder „Aufnahmemedium von Schadstoffen“, wäre das Leben von Menschen auf der Erde gar nicht oder nur sehr eingeschränkt möglich. Vergleichbar mit künstlichem Kapital wirft auch das Naturkapital ständig „Zinsen“ ab. So wächst z.B. ein Wald jedes Jahr um eine bestimmte Menge Holz. Wenn man nun nur diesen Ertrag jährlich nutzt ohne den Waldbestand anzugreifen, so könnten auch zukünftige Generationen den gleichen Nutzen aus dem Wald ziehen. Diese Grundidee ist schon sehr alt und wurde erstmalig 1713 als „nachhaltend“ (v. Carlowitz 1713: 105) bezeichnet. Heute herrscht im Umweltbereich ein weitgehender Konsens, dass eine ökologisch Nachhaltige Nutzung anzustreben sei:

„Eine ökologisch nachhaltige Gesellschaft lebt von den Erträgen des Naturvermögens, ohne die Substanz selbst anzugreifen. Ebenso emittiert sie nur soviel an Schadstoffen in die Umweltmedien, wie diese im entsprechenden Zeitraum wieder abbauen können. Sie hinterlässt keine Gefahrenquellen, die zu Schäden führen können, die nicht mehr oder nur mit unverhältnismäßig großem Aufwand beseitigt werden können, und gewährleistet, dass die bestehende Vielfalt sowohl von Tier- und Pflanzenarten als auch von Ökosystemen nicht durch menschliches Handeln signifikant verringert wird. Darüber hinaus sollen Umwelt und Natur auch als symbolische Ressourcen für rekreative, kulturelle, kontemplative und religiöse Anliegen angemessen berücksichtigt werden.“ (YOIS Glossar)

Heute wissen wir, dass nicht nur der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen aus Nachhaltigkeitsgesichtspunkten heraus geboten ist, sondern auch eine Besserstellung – eine Erhöhung des Naturkapitals. Nach Jahren der Ausbeutung muss versucht werden, den Kapitalstock nicht nur zu erhalten sondern auch wieder zu erhöhen. Denn vergleicht man die tatsächliche Naturnutzung – den „Ökologischen Fußabdruck“ (Wackernagel 1997) – mit der zur Verfügung stehenden Aufnahmekapazität oder den Erträgen des Naturkapitals so ist offensichtlich, dass zum einen nach wie vor vom Kapital gezehrt wird und zum anderen das heutige Niveau nicht ausreichend ist, um die Nachfrage zu decken. Besonders in Hinblick auf die Tatsache, dass sehr bald schon 10 Mrd. Menschen auf dem Planeten leben werden, muss neben der Reduktion der Naturnutzung auch der „Wiederaufbau“ von Naturkapital forciert werden.

Die Programme der Parteien sollen also daraufhin bewertet werden, ob die vorgeschlagenen Maßnahmen glaubhaft einen Beitrag zu dem Ziel einer ökologisch nachhaltigen Gesellschaft liefern können, oder ob sie nur Alibi-Funktion übernehmen. In den drei Bereichen Land- und Forstwirtschaft, Raumentwicklung und Klimaschutz sollen die Parteiprogramme unter die Lupe genommen werden.

II. Land- und Forstwirtschaft

Bei allen Überlegungen zur Nachhaltigkeit fällt der Land- und Forstwirtschaft eine wichtige Rolle zu, da sie eine enorme Bedeutung für die natürlichen Ressourcen, insbesondere für Wasser, Boden und Artenvielfalt haben. „Eine langfristig zukunftsfähige Land- und Forstwirtschaft soll umweltgerecht und ressourcenschonend qualitativ hochwertige Nahrungsmittel erzeugen, nachwachsende

Rohstoffe produzieren, unsere Kulturlandschaft und deren Biotop- und Artenvielfalt weitgehend erhalten und zugleich dem internationalen Wettbewerb gewachsen sein. Um diesen vielfältigen Anforderungen gerecht werden zu können, sind deutliche Veränderungen der Agrarpolitik notwendig, die es den Betrieben ermöglichen, ihre Bewirtschaftung nachhaltig zu gestalten. Der besonderen ökologischen Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft gemäß müssen sich die Zielvorgaben für eine nachhaltige Entwicklung an den natürlichen Ressourcen ausrichten. Wenn es darum geht, geeignete Maßnahmen für eine nachhaltige Landbewirtschaftung vorzuschlagen, müssen neben der ökologischen Zielsetzung aber auch ökonomische und soziale Fragen eine gewichtige Rolle spielen. So gehört zu den Zielvorgaben beispielsweise auch die Gewährleistung eines ausreichenden Einkommens für effizient und umweltschonend wirtschaftende Betriebe.“ (Knaus/Renn 1998: 261)

III. Raumentwicklung

Die Raumentwicklung ist sozusagen das Bindeglied zwischen Land- und Forstwirtschaft und dem Klimaschutz. Für eine nachhaltige Entwicklung spielen hierbei die Stadt- und Regionalentwicklung, die Grün- und Freiraum-, sowie die Verkehrsentwicklung eine wichtige Rolle. Unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten ist hierbei insbesondere der fortschreitende Flächenverbrauch durch Siedlungs- und Verkehrsflächen in Höhe von ca. 130 ha pro Tag, was ca. 178 Fußballfeldern entspricht (DFB 2001: o.S.), die damit verbundene Versiegelung von Böden und Zersiedelung der Landschaft.

Flächenumwandlung

Die anhaltende Flächenumwandlung von Freiraum (Grün-, Land- und Forstwirtschaftsflächen) in Siedlungs- und Verkehrsflächen ist für die junge Generation und zukünftige Generationen ein Problem. Zwar sollen durch Ausgleichsmaßnahmen die Beeinträchtigungen in der Natur wieder ausgeglichen werden, jedoch können diese Maßnahmen zum

einen im Abwägungsprozess weggewogen werden und zum anderen sind sie nicht konsistent (s. Versiegelung). Das eigentliche Problem des Flächenverbrauchs ist es jedoch, dass Freiraumflächen auf Dauer verloren gehen, die in Zukunft für die Produktion von Nahrungsmitteln, als Erholungsflächen, als Assimilationsflächen (d.h. zur Aufnahme von Schadstoffen) oder als Naturflächen zum Erhalt der Artenvielfalt aller Voraussicht nach benötigt werden. Ein weiteres Problem, welches insbesondere die junge Generation betrifft ist, dass aufgrund des demographischen Wandels und dem Wohnverhalten insbesondere von Haushalten, deren Kinder flügge geworden sind, wir in den nächsten 13 Jahren noch eine hohe Wohnflächen-nachfrage haben, die bis 2030 langsam abklingt, um dann ins Negative umzukehren (Simons 1999: 745). Mit anderen Worten: Bis unsere Großelterngeneration gestorben ist, werden insbesondere Einfamilienhäuser am Ballungsrand gebaut und wir werden uns dann mit einem großen Angebotsüberhang konfrontiert sehen (Leerstände, hoher Energieverbrauch für Wohnraum, Versiegelung, lange Verkehrswege etc.).

Versiegelung

Böden werden als nicht erneuerbare Ressource angesehen, da sie in Jahrhunderten bis Jahrtausenden entstanden sind. Sie sind zum einen Grundlage für die Nahrungsmittelproduktion, Aufnahmemedium für Emissionen und haben Regelungsfunktion für den Wasserhaushalt und das Kleinklima. Zum anderen sind sie Träger von Siedlungen. Diese verschiedenen Funktionen können in Konflikt zueinander stehen (ein versiegelter Boden kann kein Aufnahmemedium z.B. für Treibhausgase sein oder keinen Beitrag zur Grundwassersicherung liefern) oder komplementär sein (ein Wald kann z.B. einen wichtigen Beitrag zum Wasserhaushalt liefern und gleichzeitig Aufnahmemedium für Treibhausgase sein). Durch eine Versiegelung sterben alle natürlichen Bodenfunktionen ab, sie kann daher als unumkehrbar bezeichnet werden (Kümmerer 1997: 43). Diese Reduktion des Naturkapitals kann

genau genommen gar nicht ausgeglichen werden. Lediglich eine gleichzeitige Entsigelung von anderen Böden könnte näherungsweise einen adäquaten Ausgleich darstellen.

Zersiedelung

Mit der Kilometerpauschale wurde immerhin eine kontraproduktive Regelung endlich abgeschafft. Bei der dafür zum 1. Januar 2001 eingeführten Entfernungspauschale ist in der Steuererklärung nur mehr die Entfernung zwischen Arbeitsplatz und Wohnort, aber nicht mehr das Verkehrsmittel anzugeben. Kosten über 5.112 Euro im Jahr können allerdings nur Autofahrer absetzen. Auch ist die Erhöhung der Pauschale von 0,36 auf 0,40 Euro pro Kilometer ab dem elften Entfernungskilometer laut Umweltrat "aus umweltpolitischer Sicht kritisch zu beurteilen, weil hierdurch Zersiedlung, Flächeninanspruchnahme und ein weiteres Anwachsen des Verkehrsaufkommens zusätzlich gefördert werden" (SRU 2002: 351). Im Autoland Nummer Eins, den USA, ist eine entsprechende Regelung übrigens gänzlich unbekannt.

Einen starken Partner hat die Entfernungspauschale in der Eigenheimzulage, da der Erwerb eines Altbaus gegenüber dem Erwerb eines Neubaus nur mit dem halben Fördergrundbetrag bezuschusst wird. Die höhere Förderung von Neubauten bietet einen Anreiz zum Bauen auf der grünen Wiese, zumal das tägliche Pendeln auch noch abgesetzt werden kann. Dass die Eigenheimzulage neben der Kinderzulage auch noch eine Ökozulage kennt, ist dabei nur ein schwacher Trost. Denn auch sie gilt nur für Neubauten. Aber selbst ein Niedrigenergiehaus bekommt eine schlechte Ökobilanz, wenn seine Bewohner täglich alleine im Auto in die nächstliegende Stadt pendeln.

Um den Trend der immer schneller voranschreitenden Zersiedlung aufzuhalten und das in der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung formulierte Ziel, den täglichen Flächenverbrauch bis 2020 von derzeit 129 auf 30 Hektar pro Tag zu reduzieren, ist eine Reform von Eigenheimzulage und

Entfernungspauschale unerlässlich. Beide reißen im Übrigen große Löcher in die öffentlichen Kassen: Die Entfernungspauschale schlägt mit ca. 4 Milliarden Euro und die Eigenheimzulage mit 10,3 Milliarden Euro im Jahr 2002 zu Buche, davon 4,4 Milliarden beim Bund.“ (http://www.oeko-steuer.de/index_verkehrs_subventionen.html)

IV. Energie- und Klimapolitik

Treibhauseffekt und atomare Gefahr

Der Treibhauseffekt ist sicherlich mit der folgenschwerste Eingriff der Menschen für den Menschen. Der menschengemachte Treibhauseffekt ist dadurch entstanden, dass mehr Treibhausgase, wie z.B. Kohlendioxid (CO₂), Methan (CH₄) oder Lachgas (N₂O) emittiert wurden, als die Natur in einem entsprechenden Zeitrahmen aufnehmen bzw. abbauen konnte. Ziel muss es daher sein, die Treibhausgasemissionen zum einen auf das Level der Aufnahmekapazität (carrying capacity) zu senken und die Konzentration der Treibhausgase in der Atmosphäre auf einem Level zu stabilisieren, bei dem keine dauerhaften Schäden mehr erwartet werden. Die Parteiprogramme sollen also dahingehend bewertet werden, ob Maßnahmen vorgeschlagen werden, die dazu in der Lage sind die Treibhausgasemissionen zu reduzieren und ob ökologisch kontraproduktive Subventionen abgebaut werden sollen. Des weiteren soll überprüft werden, in wieweit die Partei auch weitergehende Reduktionsziele unterstützt, wie die Forderung einer Reduktion um 40% bis 2020.

Ein weiterer Aspekt im Bereich der Energie- und Klimapolitik ist die Nutzung von Atomenergie. Zwar entstehen bis auf Krypton 85 unmittelbar keine weiteren Treibhausgase (außerhalb der Vorprozesse, wie Abbau, Transport), jedoch entsteht Atom Müll, der eine Gefahrenquelle darstellt, „die zu Schäden führen [kann und] nicht mehr oder nur mit unverhältnismäßig großem Aufwand beseitigt werden [kann]“ (YOIS Glossar, s.o.). „Plutonium (Pu 239) als ein

Abfallprodukt der Kernspaltung hat eine Halbwertszeit von 24.110 Jahren, d.h. nach diesem Zeitraum hat sich der hochgradig toxisch strahlende Müll lediglich um die Hälfte reduziert. Nach 451.336 Jahren existiert noch etwa 1g des bislang in Deutschland produzierten Plutoniums. Und selbst ein millionstel Gramm kann noch Krebs erregend sein. Bis dahin müssen mehrere tausend Generationen sicher gehen, dass der Müll auch weiterhin von der Umwelt abgeschirmt bleibt und nebenbei auch die Bewachung der Endlager bezahlen.“ (Viehöver in Weiß/Junger/Sohr 2001: 157) Neben diesem eher ethischen Argument ist Atomenergie auch viel zu teuer (<http://www.rmi.org/images/other/E-ProfitNukeFree.pdf>). Würde man sämtliche Subventionen streichen bzw. auslaufen lassen, würde sich die Frage der Atomenergienutzung von selber lösen.

KFZ-Steuer

„Bei Autofahrern soll die Schadstoffabgabe laut Partei B nicht auf den Sprit erhoben werden, sondern zu einer entsprechend dem CO₂-Ausstoß ‚gespreizten Kfz-Steuer‘ führen. Bei Drei-Liter-Autos läge sie niedrig, bei Pkw mit starkem Verbrauch hoch. Den Einwand, die beim Kostenfaktor Kfz-Steuer relativ geringe Ersparnis werde nur wenige auf Sparautos umsteigen lassen, ließ Partei B nicht gelten.“ (<http://www.foes-ev.de/news10/2artikel1.html>)

Ergänzend anzumerken ist, dass nicht durch den Besitz eines Autos Treibhausgase entstehen. Ein 3-Liter-Lupo mit 80.000 km Fahrleistung im Jahr schützt das Klima weniger als der Ferrari mit einer Laufleistung von 1.000 km im Jahr (unberücksichtigt hierbei die Umweltbelastungen bei der Produktion, die sich jedoch auch nicht über eine KFZ-Steuer beeinflussen lassen).

Weiterentwicklung der Ökosteuer vs. "europaweit abgestimmte, harmonisierte und schad-stoffbezogene Abgabe"

„Im Falle einer Wahl werde Partei B den ‚Alleingang‘ der deutschen Ökosteuer ein Ende bereiten und sie durch eine wettbewerbs-

neutrale, ‚europaweit abgestimmte, harmonisierte und schadstoffbezogene Abgabe‘ ersetzen, kündigte B an. Bei genauer Betrachtung müssen B's Äußerungen wohl als konditioniert verstanden werden – will sagen: ‚europaweit abgestimmt‘ und ‚harmonisiert‘ soll im Klartext bedeuten, dass eine künftige B geführte Bundesregierung ihre ökologischen Gesetzesvorstellungen erst dann in die Tat umsetzen würde, wenn von EU-Seite entsprechende Vorarbeiten geleistet worden wären. Da jedoch nationale Alleingänge von Partei B abgelehnt werden, könnte der Umkehrschluss wohl nur lauten: Solange sich in Europa nichts tut, machen wir eben auch nichts. Bei der Suche nach Pionierdiensten auf EU-Ebene sieht es jedoch derzeit düster aus. Von einem koordinierten Abgabensystem auf Grundlage von Schadstoff-Emissionen ist man in Brüssel weit entfernt. Planspiele aus dem Jahr 1990 zur Schaffung einer kombinierten CO₂-/Energiesteuer wurden Mitte der 90er Jahre mangels Einigungschancen beerdigt.“ (<http://www.foes-ev.de/news10/3artikel2.html>)

Weiterentwicklung der Ökosteuer vs. Zertifikatshandel

Sowohl die Ökosteuer als auch der Zertifikatshandel würden über den Preis ein Signal zum sparsameren Umgang mit Energie bzw. Treibhausgasemissionen geben. Bei der Weiterentwicklung der Ökosteuer wäre darauf zu achten, dass hierdurch nicht Reformen in der Renten- und Sozialversicherung kaschiert werden und die Zuschüsse sich streng auf die Deckung von versicherungsfremden Leistungen beschränken. Bei einer Weiterentwicklung sollte also offen gelegt werden, wie die zusätzlichen Einnahmen zurückerstattet werden könnten. Aber auch eine Verknüpfung des Zertifikatshandels mit der Ökosteuer ist denkbar – wichtig ist nur eine gute Abstimmung. Last but not least kann die Ökosteuer auch quasi durch einen Zertifikatshandel abgelöst werden. Wichtig hierbei ist nur, dass es keine Brüche gibt à la „Ökosteuer abschaffen und warten bis auf EU-Ebene sich ein brauchbarer Ersatz in Form eines Zertifikatshandels abzeich-

net“. Dabei darf aber nicht vergessen werden, dass dann das entstehende Defizit in der Rentenversicherung über eine andere Steuer ausgeglichen werden muss. Dabei sollte auch nicht vergessen werden, dass jede Steuer in Abhängigkeit der Preiselastizität der Nachfrage einen Fiskalen- und einen Lenkungseffekt hat und zu überlegen ist, ob v.a. der Lenkungseffekt bei dem besteuerten Gut erwünscht ist.

V. Forderungen an eine nachhaltige und generationengerechte Umweltpolitik

Land- und Forstwirtschaft

1. Inwiefern fordert die Partei eine stärkere Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft (ökologischer oder integrierter Landbau)?
2. Sollen auch andere ökologische Leistungen, wie der Erhalt der Kulturlandschaft honoriert werden?
3. Inwiefern fordert die Partei die Anwendung des Vorsorgeprinzips bei der Grünen Gentechnik? Analog zur Zulassung einer Chemikalie sollte abschließend und eindeutig geklärt sein, dass keine negativen Schäden zu erwarten sind, oder dass eine Einführung auch wieder vollständig rückgängig gemacht werden könnte, ohne bleibende Schäden zu hinterlassen.

Flächenverbrauch

4. Soll der Siedlungs- und Verkehrsflächenausweisung bspw. über handelbare Flächenausweisungsrechte (SRU 2000: 252f.) begrenzt werden?
5. Soll die zukünftige Grundsteuer eher zum sparsamen Umgang mit Grund und Boden anregen, oder steht die schnellere Mobilisierung von Bauland im Vordergrund?
6. Schlägt die Partei irgendwelche Anreizmechanismen vor, um die Versiegelung in Grenzen zu halten, oder um Entsiegelungsmaßnahmen attraktiv zu gestalten (z.B. Versiegelungsabgabe oder eine Grundsteuer mit einem Versiegelungsindikator)?
7. Wird eine schrittweise Rückführung der Entfernungspauschale

gefordert? (Sie fördert die Zersiedelung, erhöht die Verkehrsleistung und ist eine reine Konsumausgabe, die beim derzeitigen Stand der Staatsverschuldung doppelt auf Kosten zukünftiger Generationen geht.)

8. Wird eine Rückführung der Eigenheimzulage und Konzentration auf den (Um-)Bau im Bestand gefordert?

9. Plant die Partei ggf. Sonderförderprogramme für Partnerschaften zwischen jungen Familien, die eine Wohnung suchen und älteren Haushalten, die nichts gegen eine attraktive Alternative zu ihrer großen Wohnung in der Nähe hätten?

Energie- und Klimapolitik

10. Wird ein Abbau der Kohlesubventionen bis 2010 verlangt (Forderung des BUND)?

11. Plant die Partei die Streichung oder den Abbau der Kernenergiesubventionen?

12. Wird die Ökosteuer weiterentwickelt oder nahtlos durch ein adäquates Instrument ergänzt bzw. abgelöst?

13. Unterstützt die Partei die Forderung nach Reduktion der Treibhausgase um 40% bis 2020?

Martin G. Viehöver

Literatur

Knaus, A., Renn, O.: Den Gipfel vor Augen. Unterwegs in eine nachhaltige Zukunft, Marburg 1998

Kümmerer, K.: Vielfalt der Zeiten: Zeitökologische Aspekte eines nachhaltigen Umgangs mit Böden. In: Politische Ökologie, Bodenlos, Sonderheft 10 (1997), S. 42-46.

Simons, H.: Perspektiven des westdeutschen Wohnungs- und Büromarktes bis 2030. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 11/12 (1999), S.745-754.

SRU (Rat von Sachverständigen für Umweltfragen): Umweltgutachten 2000. Stuttgart 2000

SRU: Umweltgutachten 2002. Berlin 2002

v. Carlowitz, H.-C.: Sylvicultura oeconomica: Anweisung zur wilden Baum-Zucht, Leipzig 1713. (Neu-auflage der Ausgabe herausgegeben von Irmer, K., Freiberg 2000)

Wackernagel, M.: Unser ökologischer Fußabdruck: wie der Mensch Einfluss auf die Umwelt nimmt. Basel, Boston, Berlin 1997

Weiß, A., Junger, J., Sohr, S. (Hrsg.) (YOIS Europe & SFZ): Montag, Dienstag, Zukunft – Junge Europäer über den Weg ins 21. Jahrhundert, Baden-Baden 2001

Arbeitskreis Globalisierung

Globalisierung nachhaltig gestalten

1. Einführung

Die wohl zentrale Herausforderung des 21. Jahrhunderts besteht in der Realisierung einer nachhaltigen Entwicklung. Die „Grenzen des Wachstums“ haben 1972 die Bedeutung der Thematik der „Quellen“ und „Senken“ im Hinblick auf den Umweltschutz herausgestellt, also die Quellen der Erde, wie z.B. Rohstoffe, und die Senken als Möglichkeiten der Erde, Schadstoffe aufzunehmen, zu neutralisieren und von ihnen nicht dauerhaft geschädigt zu werden. In den siebziger Jahren wurde daraufhin begonnen, relevante Umweltbereiche herauszuarbeiten. Zu den Wichtigsten gehören:

- Wasser
- Energie
- Luft
- Boden
- Biodiversität (Artenvielfalt).

Seit Rio 1992 wurde zunächst vom Trias der nachhaltigen Entwicklung mit den drei Dimensionen ökonomische, ökologische und soziale Nachhaltigkeit gesprochen, inzwischen ist als vierte die „kulturelle“ Dimension hinzugekommen.

Die Globalisierung ist ein Vorgang, den niemand bewusst gewollt oder geplant hat. Für die Ökonomen stehen die transnationalen Direktinvestitionen als entscheidende Erscheinung im Zentrum der Globalisierung. Weitere ökonomische Kriterien der Globalisierung sind:

- weltweite Produktionskapazitäten
- weltweites Handelsvolumen
- Innovationen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien
- internationale Kapitaltransfers.

Im sozialen und kulturellen Bereich werden vor allem folgende Entwicklungen unter Globalisierung subsumiert:

- westliche Zivilisation als Leitmodell
- Kommunikation – die globale Vernetzung
- Mobilität von Menschen

Der politische Bereich sieht sich durch die Globalisierung vor die Aufgabe gestellt, internationale Rahmenbedingungen für die oben skizzierten Veränderungen z. B. in Form von internationalen Abkommen zu schaffen.

Die Globalisierung beinhaltet Chancen und Risiken

Grundlegende wirtschaftliche Vorteile der globalen Vernetzung werden in einer gesteigerten Produktion und wirtschaftlichem Wachstum als Wege zu einem höheren Wohlstand gesehen. D. h., dass Güter und Dienstleistungen auf die ganze Welt betrachtet dort produziert werden, wo sie am günstigsten produziert werden können, und der Transport dieser Güter und Dienstleistungen erstens technisch in einer akzeptablen Zeit und zweitens zu akzeptablen Preisen möglich ist. Im kommunikativen und im Mobilitätsbereich werden völlig neue Möglichkeiten des Informationsaustausches eröffnet. Vor zwanzig Jahren war es schlichtweg nicht möglich ins Internetcafé zu gehen und seiner Freundin oder seinem Freund auf der anderen Seite vom Globus eine E-Mail zu schreiben, die diese oder dieser wenige Minuten später bereits beantwortet hat. Und eben die Innovationen im Informations- und Kommunikationssektor sind auch das größte Zugpferd der Globalisierung: sie ermöglichen einen immer stärker vernetzten Weltmarkt.

Die Globalisierung birgt innerhalb den Regeln des heute vorherrschenden Weltwirtschaftssystems jedoch auch eine ganze Reihe von Risiken in sich, die weitreichende Maßnahmen erforderlich machen. Im ökologischen Bereich führt die Globalisierung

- über die gestiegene Produktion zum Abbau von natürlichen Ressourcen
- über die gestiegene Produktion zu mehr Abfällen und giftigen Substanzen (denn die Produktionssteigerung ist höher als die Steigerung der Ökoeffizienz)
- über mehr Produktion und vor allem den zunehmenden Verkehr (Mobilität) zu mehr Lärm, was der Gesundheit der Menschen schadet (die Gesundheit der Menschen wird hier als ökologischer Faktor verstanden).

Im ökonomischen bzw. finanziellen Bereich führt sie

- zu einer Zunahme der ungleichen Verteilung des Wohlstandes weltweit, in einzelnen Regionen und in vielen Ländern
- zu einer Erhöhung des Schuldenstands in vielen v.a. ärmeren Staaten
- zu gegenseitigen und zudem oft einseitigen Abhängigkeiten.

Im sozialen und kulturellen werden beobachtet:

- Verringerung der sozialen Standards in vielen Ländern
- Vereinheitlichung der Lebensweisen
- Verschwinden regionaler und lokaler Kulturen
- Entstehen von Ablehnung und Hass gegen das dominante ökonomische Modell des Nordens und seine vielfältigen Begleiterscheinungen und seinen ökonomischen und militärischen Durchgriff gegen viele, ökonomisch schwächere Kulturen.

Das wohl größte Problem der Globalisierung ist die unterschiedliche Verteilung des Wohlstands – sowohl weltweit als auch zwischen und innerhalb einzelner Staaten. Diese Ungleichheit nimmt außerdem stetig zu.

Um diese Risiken der Globalisierung zu verhindern, ist die Schaf-

fung von weltweiten und internationalen Rahmenbedingungen notwendig. Unter dem Begriff der Global Governance sind einige Konzepte dafür entworfen worden. Über die beste Vorgehensweise besteht weltweit kein Konsens. Grob gesagt gibt es drei Positionen: die amerikanische, die europäische und die der ärmeren Länder. Während die Europäer auf der Metaebene (= wie soll die Welt aussehen?) über eine Wertordnung für die Weltordnung und das Weltwirtschaftssystem diskutieren, kritisieren die ärmeren Länder die bestehenden internationalen Organisationen des Weltwirtschaftssystems auf der Makroebene (= das System der Global Governance als Ganzes) und wollen sich nicht weiter ausbeuten lassen, und die Amerikaner postulieren, dass das von ihnen (und den Briten) nach dem 2. Weltkrieg geschaffene Weltwirtschaftssystem und die globalen Wirtschaftsorganisationen funktionieren, jedoch auf der Mikroebene (= einzelne Teile der Global Governance, z.B. die WTO) ein paar Anpassungen notwendig sind. Eine wesentliche Annäherung dieser drei Positionen (vor allem der amerikanischen und der europäischen) ist im Moment nicht absehbar.

Es existieren mittlerweile hauptsächlich fünf Konzepte zu Global Governance:

- Neoliberale Sicht: Entspricht im Wesentlichen dem Status quo
- Commission on Global Governance: Globale Nachbarschaft
- Gruppe von Lissabon: Die Grenzen der Wettbewerbsideologie
- Institut für Entwicklung und Frieden (INEF): Rückgewinnung staatlicher Steuerungsfähigkeit
- Global Society Dialogue der EU: Equity-Ansatz: Balance or Destruction

Das erste Konzept steht für die Position der USA. Die anderen Konzepte sind eher europäisch geprägt und beinhalten auch Positionen der ärmeren Staaten.

2. Der Politiktest

Eine lebenswerte und generationengerechte Zukunft wird nur durch stärkere globale Strukturen in der Politik möglich sein. Andernfalls besteht die Gefahr, dass die Prämisse der Gewinnmaximierung der globalisierten Wirtschaft die weltweite Entwicklung dahingehend prägt, dass Ressourcen ausgebeutet, die Umwelt verschmutzt, der Schuldenstand steigt und die soziale Sicherheit durch Ungleichheit geschwächt wird. Die Verantwortung für zukünftige Generationen stellt in der aktuell kurzfristig angelegten Managementplanung einen hemmenden Faktor dar. Dagegen muss die Politik angehen und eine entsprechende Verantwortung zur Sicherung des Gemeinwohls in politische Rahmenbedingungen einbetten. Die heutige Generation sollte also auch aus Verantwortung für die zukünftigen Generationen ihre Stimme für globale Strukturen in der Politik erheben.

Der Politiktest hat das Ziel zu überprüfen, ob die wichtigsten Punkte zur Vermeidung der Risiken der Globalisierung in den Wahlprogrammen der Parteien enthalten sind und wenn ja, in welcher Ausprägung. Auch im Hinblick auf den WSSD (World Summit Sustainable Development) in Johannesburg (Rio+10 Konferenz) im Sommer 2002 sollte das Engagement unserer Parteien für eine nachhaltige Entwicklung im Hinblick auf die Globalisierung eindeutig und stark sein.

3. Vorschläge von Kriterien für den Test der Wahlprogramme

(Die Kriterien sind nach Wichtigkeit geordnet.)

1. Existiert ein Gesamtkonzept oder zumindest eine grundlegende Position zu dem Problemkomplex nachhaltige Entwicklung – Globalisierung – Global Governance?
2. Existiert ein Wertemodell zur Beseitigung der ungleichen bzw. ungerechten Verteilung des Wohlstands? Wir wollen im Rahmen dieses Politiktests eine öko-

soziale Marktwirtschaft favorisieren.

3. Werden – wo notwendig – über die heute bereits bestehenden internationalen Rahmenbedingungen hinausgehend weitere vorge-schlagen?
4. Sollen zusätzliche Mittel für die Beseitigung der Risiken und Gefahren der Globalisierung bereitgestellt werden und wenn ja wie viele?
5. Ist die Förderung des Verständnisses dieser elementaren Zusammenhänge des 21. Jahrhunderts für alle Bevölkerungsschichten vorgesehen und wenn ja wie?
6. Sollen die bestehenden internationalen Organisationen gestärkt werden und wenn ja wie (z. B. Verbindlichkeit ihrer Vorschriften / Sanktionsmechanismen)?
7. Ist eine stärkere Implementierung der Zivilgesellschaft in politische Prozesse und deren Förderung (auch finanzieller Art) vorgesehen?
8. Wird eine bessere Vernetzung und bessere Zusammenarbeit der bereits bestehenden internationalen Organisationen angestrebt und wenn ja wie?
9. Existiert ein Konzept über den Umgang mit der Fragilität von demokratischen und marktwirtschaftlichen Systemen (siehe Terrorakt vom 11. September 2001) im Hinblick auf gewaltsame Systemkritik? Hier ist vor allem an ein Sicherheitskonzept zu denken.
10. Wird das Konzept der Generationengerechtigkeit im Hinblick auf die Risiken der Globalisierung und Global Governance berücksichtigt?

Armin Frey

Literatur

European Commission, Information Society Directorate-General (ed.): Visions and Roadmaps for Sustainable Development in a Networked Knowledge Society, Report of a Workshop co-chaired by the Presidents of the Brussels-EU Chapter of the Club of Rome and the "Factor 10 Institute", February 2002

Gruppe von Lissabon: Grenzen des Wettbewerbs. Die Globalisierung der Wirtschaft und die Zukunft der Menschheit, München 1997

Franz Halbartschlager: Global Village and some more... Zur Auseinandersetzung mit dem Thema Globalisierung im GW-Unterricht, in: GW-Unterricht 85/2002

Dennis Meadows: Grenzen des Wachstums – Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Bertelsmann, Gütersloh 1969

Franz Josef Radermacher: Balance oder Zerstörung: Ökosoziale Marktwirtschaft als Schlüssel zu einer nachhaltigen Entwicklung, Ökosoziales Forum Österreich, Franz-Josefs-Kai, A-1010 Wien, erscheint Sommer 2002

James Rosenau; Czempel, Ernst-Otto (Hrsg.): Governance Without Government: Order and Change in World Politics, Cambridge 1992 (Reprinted 1993, 1995)

Stiftung Entwicklung und Frieden (Hrsg.): Nachbarn in Einer Welt. Der Bericht der Kommission für Weltordnungspolitik, The Commission on Global Governance, Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn 1995

Wissenschaftliche Arbeitsgruppe für weltkirchliche Aufgaben der Deutschen Bischofskonferenz: Die vielen Gesichter der Globalisierung – Perspektiven einer menschengerechten Weltordnung, Deutsche Bischofskonferenz, Kaiserstraße 163, 53113 Bonn, Bonn, November 1999

Worldwatch Institute Report: Zur Lage der Welt 1994: Daten für das Überleben unseres Planeten, Fischer Taschenbuch Verlag GmbH, Frankfurt am Main, Juli 1994

Arbeitskreis Bildung

Bildungspolitik im Umbruch

Eine Umgestaltung des gesamten Bildungssystems ist vor dem Hintergrund der dramatischen globalen Veränderungen unumgänglich. Die heutigen Gesellschaften haben scheinbar unglaubliche Umbrüche innerhalb kürzester Zeitspannen erlebt, die sich im fortschreitenden Übergang zur Informationsgesellschaft weiter fortsetzen werden. Dies stellt völlig neue Anforderungen an die in diesem Wandel lebenden Menschen. Die Schlüsselkompetenz der Menschen in der beginnenden Informationsgesellschaft wird die Fähigkeit sein, die Masse des verfügbaren Wissens zu sortieren, zu verarbeiten und in scheinbar fremden Bereichen anzuwenden. Sie werden zum lebenslangen Lernen gezwungen sein und sich nur dadurch mit der technologisierten Welt arrangieren können. Dazu müssen sie über ein großes Fachwissen, vor allem aber über Orientierungs- und Methodenwissen verfügen. Sie müssen in der Lage sein, sich in der sich immer weiter verändernden Welt zu rechtzufinden, mit den erlernten Methoden ständig neue Bereiche zu erschließen. Deshalb muss es Ziel der Bildungspolitik sein, möglichst vielen Menschen nicht nur fachliche Qualifikationen sondern auch methodische Kompetenz, die Fähigkeit Wissen kritisch zu bewerten und anzuwenden, zu vermitteln. Nur mit dieser Grundlage kann gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Fortschritt weiterhin möglich sein.

Das notwendige Umdenken muss schon bei der Zielgruppe von Bildung und Ausbildung beginnen, denn das gängige Bild von Frauen und Männern, die nach ihrer Ausbildung oder ihrem Studium bis zur Rente in ein und demselben Beruf arbeiten werden, stimmt schon lange nicht mehr. Langsam wird diese Tatsache allgemein anerkannt, es ist von Patchwork-

Biographien die Rede, von notwendiger Flexibilität und Mobilität. Bei solch unsicheren Perspektiven ist es die elementare Aufgabe des staatlichen Bildungssystems, die Fähigkeit zu vermitteln, Lernen wirklich lernen zu können. Nur mit diesem Rüstzeug können sie die gewaltigen gesellschaftlichen und individuellen Herausforderungen bestehen. Die Verantwortung des Bildungssystems fängt nicht mehr in der Grundschule an und hört nicht mehr mit dem Berufsabschluss auf, sie beginnt bereits im vorschulischen Bereich und ist mit der Rente noch lange nicht beendet. Für eine solche „Vorbereitung auf's Leben“ sind verschiedene Formen individueller Betreuung und Beratung notwendig.

Schon vor der Einschulung ist eine viel stärkere Förderung sprachlicher Kompetenz dringend geboten, denn häufig mangelt es deutschen Kindern, genauso wie Kindern aus Migrantenfamilien, dramatisch an dieser grundlegenden Qualifikation. Wegen der veränderten lebensweltlichen Realitäten in der Erziehung ist der Staat auch hier in der Pflicht. Zur Kompensation des Wegfalls von Erziehungszeiten durch die stärkere Beteiligung von Frauen an Erwerbsarbeit und den Trend zur Ein-Elternteil-Familie müssen endlich ausreichende Betreuungsangebote geschaffen werden, die von der Kleinkinderbetreuung am Nachmittag und am Abend bis zu Angeboten wie gesunder Ernährung reichen.

In der Grundschule sollten individuelle Betreuung und Förderung elementare Bestandteile des Unterrichts sein. Dazu gehören auch Mittags- und Nachmittagsangebote wie zum Beispiel Hausaufgabenbetreuung, Schulung von Sozialkompetenzen durch Sport- und Musikangebote oder eine Hinführung zur Medienkompetenz. Schon in den ersten Schuljahren

sollten den SchülerInnen grundlegende Arbeitstechniken vermittelt werden, die über die reine Wissensaneignung hinausgehen. In der weiteren Schulzeit ist eine Umgestaltung vom immer noch viel zu häufigen Frontalunterricht zu projektorientierten und fächerübergreifenden Unterrichtsformen notwendig, was eine Vorbereitung auf die spätere Notwendigkeit vernetzten Denkens und Arbeitens wäre.

Die Schule hat neben der Vermittlung des aktuellen Fachwissens die wichtige Aufgabe, den SchülerInnen Methodenkompetenz und Kritikfähigkeit zu vermitteln und sie so auf das lebenslange Lernen vorzubereiten. Ein vorgegebener, festgelegter Ausbildungsweg ist im Hinblick auf die dramatischen Veränderungen der Arbeitswelt anachronistisch. Deshalb darf die Entscheidung für eine bestimmte Schulform, die zumeist von Eltern und LehrerInnen fremdbestimmt wird, nicht zu einer Einbahnstraße werden. Durch eine verstärkte Kooperation der Schulen und geeignete Förderangebote sollte eine deutlich höhere Durchlässigkeit geschaffen werden. Die Aufteilung in drei oder sogar vier unverbunden nebeneinanderstehenden Schulformen ist vor dem Hintergrund des zukünftig notwendigen hohen Bildungsgrades in der high-tech-dominierten Informationsgesellschaft nicht sinnvoll. Im Interesse der individuellen Entwicklung, die immer auch von wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Interesse ist, sollten jedem Schüler und jeder Schülerin in jeder Entwicklungsphase bestmögliche Chancen eingeräumt werden. Ein unproblematischer Wechsel zwischen den Schulformen sollte also für alle SchülerInnen möglich sein.

Nach der Vermittlung der Grundlagenkompetenzen sollten die weiteren Bildungs- und Ausbildungsangebote die Methodenkompetenz und die inhaltliche Qualifikation in den gewählten Bereichen des Berufs oder des Studiums weiter fördern. Der Schwerpunkt in der Berufsausbildung muss zwar die Vermittlung der für den gewählten Beruf notwendigen Arbeitstechniken sein, dabei darf allerdings die Fähigkeit der Menschen, neue Bereiche erschließen zu können, um flexi-

bel auf neue Anforderungen reagieren zu können, nicht zu kurz kommen.

Etwas anders sieht die Situation an den Hochschulen aus, denn entgegen der von VertreterInnen aus Politik und Wirtschaft ständig wiederholten Forderung nach mehr Praxisbezug kann dies nicht die einzige Anforderung an ein Studium sein. Neben dieser legitimen Forderung darf auch die wissenschaftliche Ausrichtung nicht vergessen werden. Die bestehende Vernachlässigung der Praxis darf nicht durch eine Vernachlässigung der Theorie abgelöst werden. Vielmehr ist eine sinnvolle Verbindung nötig, die beiden Ansprüchen gerecht wird. Auch in diesem Fall kann die Stärkung der Methodenkompetenz eine Richtung aufzeigen. Wissenschaftlich ausgebildete Menschen sind in der Wirtschaft vor allem wegen ihres Abstraktionsvermögens und ihrer analytischen Kompetenz gefragt, die vom konkreten Thema nicht entscheidend abhängt. Diese Schlüsselkompetenz zu erhalten und weiter zu verbessern muss Aufgabe einer Hochschulreform sein, die diesen Namen verdient. Im Spannungsfeld der Ansprüche an ein Studium zwischen den Polen grenzenloser Flexibilität und fundierter wissenschaftlicher Ausbildung erscheint eine Änderung der Studienstruktur in ein modulares System sinnvoll, das mit den üblichen Reformvorstellungen zwar den Namen, nicht aber die Inhalte gemeinsam haben kann.

Gegen eine konsekutive Studienstruktur mit einem Grundlagenstudium (Bachelor) und einer wissenschaftlichen Vertiefung (Master) als Ersatz für die heutigen Diplom- und Magisterstudiengänge spricht wenig. Vielmehr hilft ein Abschluss vor dem eigentlichen Examen den Studierenden, die - aus welchen Gründen auch immer - vorzeitig aus dem Studium ausscheiden. Dabei muss aber immer klar sein, dass der Regelabschluss der Master ist. Eine Verknappung der Studienplätze auf eine Leistungs- oder Finanzelite kann aus politischen und wirtschaftlichen Gründen nicht im Interesse der Gesellschaft liegen. Dies bedeutet auch, dass die Studienförderung nach dem BAföG

im Regelfall bis zum Master gewährt wird.

Vor dem Hintergrund der veränderten beruflichen Anforderungen und der Notwendigkeit lebenslangen Lernens sollten wirklich alle qualifizierten Ausgebildeten Zugang zu einem Bachelor-Studiengang haben, sowohl über das Abitur, die Fachhochschulreife mit einem geeigneten betreuten Praktikum, aber eben auch über eine abgeschlossene Berufsausbildung. Weiter ist ein unkomplizierter Übergang zwischen Fachhochschulen und Universitäten notwendig. Es gibt keinen vernünftigen Grund dafür, dass ein Abiturient mit den Leistungskursen Deutsch und Geschichte Elektrotechnik studieren darf, eine Elektronikerin nach dreijähriger Ausbildung aber in der Regel nicht, oder dass eine Fachhochschulabsolventin nicht wie ein Universitätsabsolvent problemlos promovieren darf. Dies zementiert ein starres und hierarchisches System und hemmt Innovationen. Eine Einschränkung des Zugangs zu universitären Studiengängen auf das Abitur geht an den veränderten Bedingungen der Informationsgesellschaft vorbei. Gerade im Bildungsbereich muss die so oft geforderte Flexibilität möglich sein. Nach einem Bachelor-Abschluss sollte deshalb auch immer die Möglichkeit zu einem Master-Studiengang möglich sein, entweder sofort im Anschluss oder nach einer Phase der Berufstätigkeit. Neben die Möglichkeit des Master-Abschlusses müssen aber auch deutlich verbesserte Angebote der beruflichen Weiterbildung treten, die in der Regel gebührenfrei sein sollten.

Damit aus den vielen Reformüberlegungen aber eine wirkliche Studienstrukturreform werden kann, die eben nicht den Kollaps des Wissenschafts- und Hochschulsystems durch drastische Mittelkürzungen bedeutet, sind mehrere Rahmenbedingungen unbedingt notwendig. So müssen die Hochschulen eine ausreichende Finanzausstattung haben, um eine bessere Betreuung in kleineren Studiengruppen zu ermöglichen. Nur durch eine bessere Betreuung und eine angemessene Sachausstattung ist ein Studium in der vorgesehenen Zeit möglich. Weiter ist es für das Gelingen der

Reform unumgänglich, dass ein differenziertes Studienangebot für die Wahlbereiche vorhanden ist.

Insgesamt ist die Studienstrukturreform mit konsekutiven Studiengängen möglich und könnte für die Studierenden mehrere Verbesserungen bedeuten. Dies bedeutet aber auch, dass die Politik eine große Verantwortung übernehmen muss, die sich nicht deregulieren lässt. Wichtig ist vor allem, dass die Schul-, Berufs- und Hochschulbildung auf die Herausforderungen der Informationsgesellschaft vorbereitet und die Grundlage für das so nötige lebenslange Lernen schafft. Dies ist die zentrale Aufgabe, der sich die Bildungspolitik zu stellen hat.

Forderungen an eine generationengerechte Bildungspolitik

1. Mehr Geld für Bildung:

Das Bildungssystem in Deutschland ist seit Jahren chronisch unterfinanziert, obwohl die Parteien immer wieder die zentrale Rolle von Bildung für die Zukunft von Wirtschaft und Gesellschaft betonen. Nur ein leistungsfähiges Bildungssystem ist in der Lage, der Forderung nach gesellschaftlichem und wirtschaftlichem Fortschritt gerecht zu werden. Deshalb ist eine Anhebung der Mittel für die Bildung mindestens auf den Durchschnitt der Industrieländer unumgänglich.

2. Mehr Chancengleichheit:

Die PISA-Studie, aber auch die regelmäßigen Studien des Deutschen Studentenwerks belegen deutlich den sehr hohen Selektionsgrad des deutschen Bildungssystems. Breite Teile der Bevölkerung bleiben so von höherer Bildung und damit sozialen Gestaltungsmöglichkeiten ausgeschlossen. Es ist gemeinsame Aufgabe von Staat, Markt und Gesellschaft, allen jungen Menschen Perspektiven zu bieten, weshalb die Selektionsrate deutlich reduziert werden muss.

3. Soziale Absicherung des Lernens:

In einem schleichenden Prozess werden die Bildungskosten immer

weiter privatisiert, was den Zugang zu Bildung von der individuellen sozialen Herkunft abhängig macht. Hier ist der Staat in der Pflicht, die soziale Absicherung von Lernenden zu garantieren. Dazu sind eine grundlegende BAföG-Reform sowie die Ausweitung der Leistungen auf Schüler und Arbeitnehmer in Weiterbildungsphasen nötig.

4. Mehr Demokratie:

Eine demokratische Gesellschaft ist auf die Kritikfähigkeit der Menschen angewiesen. Dieses Ziel ist nur durch eine hohe Bildungsbeileiligung zu erreichen. Auch in den Bildungsinstitutionen ist deshalb eine Ausweitung der Mitbestimmungsrechte sinnvoll. Eine ständige Binnenorganisation ist undemokratisch und zementiert ineffiziente Strukturen und Vetternwirtschaft.

5. Bessere Integration:

Das Bildungssystem ist eine wichtige Institution zur individuellen Förderung und Integration. Deshalb sind mehr finanzielle Mittel zur aktiven Förderung von Frauen, Behinderten und Migranten sowie aller anderen gesellschaftlich und sozial benachteiligten Gruppen bereitzustellen. Auch strukturelle Benachteiligungen durch Gesetze und Verordnungen müssen aufgehoben werden.

6. Vernetzung der Politikfelder:

In einer komplexen modernen Gesellschaft können Politikfelder nicht länger isoliert betrachtet werden, da verschiedenste Wechselbeziehungen bestehen. Deshalb ist eine inhaltliche Vernetzung mindestens von Bildungs-, Sozial-, Wirtschafts- und Familienpolitik unumgänglich. Vor dem Hintergrund der Notwendigkeit lebenslangen Lernens ist auch die Entwicklung eines tragfähigen Konzeptes für eine gesellschaftlich und wirtschaftlich sinnvolle umfassende Bildungsreform notwendig. Dies kann nur auf der Grundlage eines breiten gesellschaftlichen Konsenses geschehen.

7. Lehrplanrevision:

Die Bildungsinstitutionen bilden häufig an den veränderten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Anforderungen vorbei aus. Deshalb ist eine Neukonzeption der Lehrpläne an den Schulen und Hochschulen aber auch in der Berufsausbildung dringend geboten. Nur eine Neuformulierung mit einem stärkeren Praxisbezug und veränderten Lehr- und Lernformen kann dieses Problem lösen helfen.

Ulf Banscheraus

Literatur

Arbeitsgruppe Bildungsbericht am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung: Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland. Strukturen und Entwicklungen im Überblick. Reinbek 1994

Arbeitsstab Forum Bildung (Hrsg.): Ergebnisse des Forum Bildung I. Bonn 2001

Baumert, Jürgen (Hrsg.): PISA 2000: Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich. Opladen 2001

BMBF (Hrsg.): Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2000. Bonn 2001

BMBF (Hrsg.): Gutachten zur Bildung in Deutschland. Bonn 2001

Jobelius, Sebastian, Rünker, Reinhold und Vössing, Konstantin (Hrsg.): Bildungs-Offensive. Reformperspektiven für das 21. Jahrhundert. Hamburg 1999

Konrad, Wilfried und Schumm, Wilhelm (Hrsg.): Wissen und Arbeit. Neue Konturen von Wissensarbeit. Münster 1999

Steinrücke, Margareta: Pierre Bourdieu. Wie die Kultur zum Bauern kommt. Über Bildung, Schule und Politik. Hamburg 2001

Arbeitskreis Staatsverschuldung

Generationengerechte Finanzpolitik

I. Die Fakten

1. Entwicklung der Staatsverschuldung seit den 60er Jahren

In den Zeiten des Deutschen Wirtschaftswunders war die Welt noch in Ordnung. Die Wirtschaft wuchs mit zweistelligen Raten und der damalige Finanzminister Fritz Schäffer freute sich über Haushaltsüberschüsse. Bis in die Mitte der sechziger Jahre war die Schuldenlast von Bund, Ländern und Gemeinden auf nicht einmal 100 Mrd. Mark angestiegen. Mit dem Wachstum des Sozialstaates, der Umverteilung und der Bürokratie wuchsen jedoch auch die Schulden immer stärker. Dazu kam noch die Deutsche Einheit, die ebenfalls ihre Wirkung im Staatshaushalt zeigte und noch immer zeigt. Je stärker der Staat seine Aktivitäten ausweitete, desto größer wurden sein fiskalisches Appetit und auch die Staatsverschuldung.

2. Derzeitiger Schuldenstand

Bund, Länder und Gemeinden haben einen Schuldenberg in Höhe von 1,2 Bio. Euro angehäuft. Die Schuldenquote beläuft sich auf knapp 60%. Dies macht sich auch u.a. dadurch bemerkbar, dass die Zinszahlungen des Bundes im Jahr 2001 ca. 16% des Bundeshaushaltes ausmachen. Auf Grund der Verschuldung hätte Deutschland beinahe einen „blauen Brief“ aus Brüssel bekommen.

3. Die Staatsquote

1960 betrug die Staatsquote 32%. Seit Mitte der siebziger Jahre bewegt sie sich zwischen 48% und 50%. Einerseits erklärt dies die immer weiter steigende Steuerlast, bzw. das hohe Abgabenniveau. Andererseits lässt sich daran ablesen, wofür der Staat Mittel

verwendet. Die Staatsquote misst den Anteil von:

- Staatsausgaben im eigentlichen Sinne („Staatsverbrauch“) und Investitionen des Staates

- Umverteilungsleistungen (Transferzahlungen und Subventionen)

- Zinsaufwand

im Verhältnis zum BIP.

Dadurch wird deutlich, dass der Staat sich nicht nur seinen Kernaufgaben widmet – die Definition des ordnungspolitischen Rahmens und die Bereitstellung von öffentlichen Gütern –, sondern in immer größerem Maße die verschiedensten Aufgaben an sich gezogen und in Wirtschaft und Gesellschaft eingegriffen hat. Das Problem der Staatsverschuldung ist also untrennbar mit der Rolle des Staates in der Gesellschaft verknüpft.

Es gibt zwar keine „Formel“ zur Berechnung einer „optimalen“ Staatsquote, jedoch ist sich die Fachwelt weitgehend einig, dass die derzeitige Staatsquote zu hoch ist. Eine deutliche Senkung in Richtung 40% ist angeraten.

4. Implizite Staatsverschuldung

Weiterhin ist zu bedenken, dass in den gesetzlichen Alterssicherungssystemen eine erhebliche Verschuldung in Form von Versorgungsansprüchen „versteckt“ ist. Das künftige BSP ist in weit höherem Maße schon vorweg verteilt als dies in der Höhe der Staatsschuld zum Ausdruck kommt. Es existieren verschiedene Berechnungen über die Höhe des Barwertes dieser Verpflichtungen. Allein die implizite Staatsschuld aus den heute bereits aufgebauten Anwartschaften der Rentenversicherung beträgt 5 bis 6 Bio. Euro, das ist mehr als das gesamte Anlagevermögen der

Bundesrepublik und ein vielfaches der offen ausgewiesenen Staatsschuld von 1,2 Bio. Euro.

II. Das Dilemma der Politik

Der vorangegangene Abschnitt macht das Dilemma der Politik deutlich: Bei schon sehr hohem Gesamtverschuldungsgrad beansprucht der Staat in Form von Steuern und Abgaben einen großen Teil des BIPs zur Produktion von öffentlichen Gütern, für Investition, für Umverteilung und Zinsen. Soll die Staatsverschuldung gesenkt werden, muss einer der genannten Posten zugunsten von Tilgungszahlungen gekürzt werden. Dem stehen aus Politiker-Sicht jeweils gute Gründe entgegen:

Staatsausgaben

Die Minderung der Staatsausgaben wäre entweder durch die Bereitstellung von weniger öffentlichen Gütern, oder durch Einschnitte in den Verwaltungsapparat möglich. Beides führt potentiell zu Verlust von Wählerstimmen.

Investitionen

Dies Senkung von Investitionen hätte negative Auswirkungen auf die Konjunktur und die Minderung zukünftiger Einnahmen (Steuerzahlungen) zur Folge.

Subventionen und Transferzahlungen

Die Minderung dieser Posten bedeutet potentiell einen großen Verlust von Wählerstimmen.

Zinszahlungen

Das Aussetzen von Zinszahlung ist schlicht unmöglich.

III. Argumente gegen Staatsverschuldung

1. Hemmung des Wachstums und der Beschäftigung

Ständig steigende Staatsverschuldung wirkt sowohl zinssteigernd als auch wachstumshemmend.

2. Die Schuldenfalle

Die Praxis zeigt, dass die Staatsverschuldung ständig und schnell

ler als die Wirtschaftsleistung steigt. Dementsprechend steigen die Zinszahlungen, welche wiederum die Schuldenquote erhöhen. Somit erhöhen alleine die Zinszahlungen die Schuldenquote.

3. Selbstverstärkung

Einerseits wirkt die ständig steigende Staatsverschuldung wachstumshemmend andererseits erhöhen alleine die Zinszahlungen die Schuldenquote. In Summe resultiert dies in einem Selbstverstärkungseffekt.

IV. Vermeintliche Argumente für Staatsverschuldung

1. Deficit Spending

Viele Interessengruppen und Politiker begründen höhere Ausgaben bzw. Nettoneuverschuldung mit dem Hinweis auf das keynesianische „Deficit Spending“. Dies erlaubt, dass der Staat sich verschuldet, um durch höhere Staatsausgaben fehlende private Nachfrage auszugleichen und somit eine Rezession zu vermeiden. Dieses Argument hält jedoch einer kritischen Überprüfung nicht stand:

In der Praxis

- wurde die Verschuldung nie – wie von Keynes vorgesehen – in Boom-Phasen zurückgeführt,
- lag bei Erhöhung der Staatsausgaben oft keine durch fehlende Nachfrage verursachte Rezession vor, bzw. erhöhte der Staat seine Ausgaben auch in Boomphasen,
- ist selbst eine Grobsteuerung – geschweige denn eine Feinsteuerung – der Konjunktur extrem schwierig.

2. Kreditaufnahme für Investitionen

Weiterhin erlaubt Art. 115 GG eine Kreditaufnahme in Höhe von Ausgaben für Investitionen. Jedoch ist eine gesetzliche Regelung nicht mit einer fundierten Begründung des konkreten Einzelfalles gleichzusetzen und sorgt nicht für einen sinnvollen Umgang mit Neuverschuldung. Im Gegensatz zu Unternehmen des privaten

Sektors, die die Vorteilhaftigkeit von Investitionen durch entsprechende Investitionsrechnungen überprüfen, herrscht im öffentlichen Bereich weitgehend Intransparenz. Ohne transparenten Nachweis, welche Einnahmen durch Investitionen generiert werden, muss dieses Argument kritisch hinterfragt werden.

Weiterhin zieht Art. 115 GG nicht die konkrete Höhe der Staatsverschuldung bzw. Staatsquote in Betracht. Es ist jedoch ein Unterschied, ob ein Land mit einer niedrigen Staatsquote (und niedriger Zinsbelastung) oder ein Land mit einer hohen Staatsquote (und hoher Zinsbelastung) eine Kreditsumme X für Investitionen aufnimmt. In Land A mit niedriger Staatsquote mag dies sinnvoll sein. In Land B – z.B. Deutschland - mit hoher Staatsquote, hoher Verschuldung und hoher Zinsbelastung stellt sich die Frage, warum nicht ein größerer Teil – der im Vergleich zu Land A - deutlich höheren Einnahmen für die Investitionen verwendet werden. Die „Erlaubnis“ zur Verschuldung für Investitionen müsste folglich an bestimmte Bedingungen geknüpft sein.

V. Was bedeutet die Staatsverschuldung für die Zukunft?

Die Staatsverschuldung hinterlässt eine immer schwerere Last für zukünftige Generationen. Da wir derzeit weit davon entfernt sind, die Neuverschuldung auf Null zu senken, geschweige denn die Gesamtschulden zu senken, werden die Steuerzahlungen zukünftiger Generationen zu mehr als die heutigen 16 Prozent des Bundeshaushaltes für Zinszahlungen verwendet werden, bzw. mit weiteren Steuererhöhungen belastet werden. Zukünftige Generationen werden also Konsum und Umverteilung von heute mitbezahlen müssen. Die derzeitige Entwicklung ist durchaus mit einem „Kettenbrief“ zu vergleichen. Bei Kettenbriefen hat der letzte Teilnehmer das Nachsehen. Die Teilnahme an Kettenbriefsystemen ist freiwillig – die Teilnahme beim Steuerzahlen jedoch nicht.

Verschärfend kommt die demografische Entwicklung hinzu.

Deutschland – und so gut wie alle entwickelten Länder – verzeichnen eine deutliche Schrumpfung der Bevölkerung. D.h., sofern der Schuldenstand nicht zurückgeführt wird, steigt automatisch die Pro-Kopf-Verschuldung. Hinzu kommt, dass die Zinszahlungen und der Schuldenabbau von einer schrumpfenden Bevölkerung getragen werden müssen. Da das BIP eines Landes auch eine Funktion der Erwerbspersonen ist, wird das BIP in den nächsten Jahrzehnten zwangsläufig schrumpfen und automatisch ein umso höherer Teil des BIP für Zinszahlungen und Schuldenreduktion verwendet werden.

Der minimale finanzielle Spielraum des Staates riskiert die Zukunftsfähigkeit des Staates: Anstatt den Strukturwandel bzw. den Aufbau von innovativen Branchen stärker zu fördern, erhält der Staat jedoch sterbende Branchen über Jahrzehnte künstlich am Leben.

Angesichts von steigendem internationalem Wettbewerb mit aufstrebenden Ländern wie z.B. China, muss deutlich mehr in Forschung und Bildung investiert werden. Deutschland wird auf dem Weltmarkt nur Chancen mit innovativen Produkten haben. Zur Zeit riskiert Deutschland jedoch, dass es für zukünftige Generationen zu wenige Arbeitsplätze in innovativen Branchen geben wird, und dass es aus Unternehmenssicht zu wenig qualifiziertes Personal gibt. Womit sich das Problem jedoch nicht von selbst aufgehoben hätte ...

Die Lösung ist im Grunde recht einfach: Es muss für den Staat zum obersten Prinzip werden, nur noch das auszugeben, was er vorher eingenommen hat. Damit Deutschland in Zukunft Handlungs- und Wettbewerbsfähig bleibt, muss die Gesamtverschuldung gesenkt werden. Staatliche Transferzahlungen müssen gesenkt werden zugunsten von Investitionen in Bildung und Forschung.

Forderungen an eine generationengerechte Finanzpolitik

1. Explizite Nennung zukünftiger Generationen:

Die Nennung zukünftiger Generationen im Zusammenhang mit den Staatsfinanzen ist die grundlegende Voraussetzung, um das Bewusstsein für die Problematik zu erhöhen.

2. Senkung der Neuverschuldung auf null innerhalb von drei Jahren:

Die Senkung der Netto-Neuverschuldung ist aus den diskutierten Gründen absolut unerlässlich und stellt die Kernforderung dar.

3. Rückführung der Staatsverschuldung:

Um einer auf Grund der demografischen Entwicklung zwangsläufigen steigenden Pro-Kopf-Verschuldung zu begegnen, fordern wir die Rückführung der Gesamtverschuldung.

4. Benennung von Maßnahmen zur Senkung der Ausgaben:

Die bloße Bekenntnis zur Senkung der (Neu-)Verschuldung reicht nicht aus und ist nicht glaubwürdig, solange nicht plausibel dargelegt wird, wie dieses Ziel zu erreichen ist.

5. Subventionsabbau:

Der Missbrauch von Ressourcen zu Lasten der Allgemeinheit und zukünftiger Generationen muss schnellstmöglich reduziert werden.

6. Abbau von Transferzahlungen:

Angesichts der Haushaltssituation muss der Staat – in diesem Fall insbesondere auch Länder und Gemeinden – restriktiver mit Transferzahlungen umgehen. Transferzahlungen sind zeitlich und in ihrer Höhe zu begrenzen und verstärkt mit Bedingungen zu verknüpfen.

7. Reform der öffentlichen Verwaltung:

Die öffentlichen Verwaltungen sind in vielen Fällen zu großzügig dimensioniert. Außerdem existieren weder ausreichend Kontrollmechanismen um die Verschwendung von Mitteln zu verhindern, noch aussagekräftige Rechnungswesen.

8. Schließen von Steuer-schlupflöchern:

Die Reform des Steuersystems ist eine eigene Thematik. Dennoch wird auch an dieser Stelle gefordert, das Steuersystem derart zu ändern, dass „Schlupflöcher“ geschlossen werden.

9. Einführung einer Generationenbilanz:

Um eine transparente Entscheidungsbasis für politische Entscheidungen zu schaffen, fordern wir die Verwendung der Generationenbilanzierung als Bestandteil von Regierungsberichten.

10. Einrichtung eines Stabilisierungsfonds:

Mit diesem Fonds sollen in wirtschaftlichen Flauteperioden Investitionen und Konsum angeregt werden, in Konjunkturoberlauf wird er wieder gefüllt. Um Missbrauch zu vermeiden, ist seine Handhabung im Stabilitätsgesetz von 1967 festzuschreiben.

Ulf Kurz

Literatur

Adrian Ottland: Wohlstand auf Pump. Frankfurt/M. 1996

Bundesministerium der Finanzen: Sollbericht des Bundeshaushaltes 2001

Bundesministerium der Finanzen: Finanzplan des Bundes 2001-2005

Ulrich Pfeiffer: Demographie, Staatsverschuldung und Umbau der sozialen Sicherung. Berlin 2000

Meinhard Miegel: Die deformierte Gesellschaft. Propyläen Verlag, 2002

AK Kinderrechte

Generationengerechte Jugendpolitik

Eine generationengerechte Gesellschaft erfordert, dass Kinder und Jugendliche als eigenständige Träger von Rechten angesehen werden. Kinderrechte bedeuten in dieser Hinsicht nicht von Elternrechten abgeleitete Rechte, aber auch nicht unbedingt Rechte gegen die Eltern, sondern zunächst, dass Kinder als gleichberechtigte Bürger angesehen werden.

Um klarzustellen: Wir fordern keine Gesellschaft, in der Kinder regelmäßig ihre Eltern wegen vermeintlicher Pflichtverletzung anklagen, sondern wünschen uns eine Stimmung, die solche Klagen überflüssig macht. Das bedeutet unter anderem, dass das Züchtigungsrecht der Eltern, welches wir als eine der eklatantesten Verletzungen der Menschenwürde von Kindern ansehen, im Einklang mit dieser reduziert oder abgeschafft wird. Nicht nur ein der Schule, sondern auch in der Familie sollte Erziehung kein Grund bedeuten, von den Rechten und der Würde eines jeden Kindes Abstriche zu machen. Auch wenn die gegenwärtige Bundesregierung das Züchtigungsrecht de jure aufgehoben hat, so bleibt es dennoch de facto weiter bestehen, da „Ohrfeigen“ und „der Klaps auf den Hintern“ (wie elterliche Gewalt gegen Kinder verharmlosend genannt wird) weiterhin straffrei bleiben.

Kinder haben Anspruch auf den Schutz ihrer Menschenrechte, unter sowohl der Europäischen Menschenrechtskonvention als auch besonders unter der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen. Diese Rechte müssen von der Gesellschaft und vom Staat akzeptiert werden; werden sie verletzt, darf dies nur unter dem rechtsstaatlichen Prinzip der Verhältnismäßigkeit geschehen. Skandalös ist die Tatsache, dass die Bundesregierung die Vorbehalte gegen die UN-Kinderrechts-

konvention, welche die Vorgängerregierung erklärt hatte, immer noch nicht zurückgenommen hat.

Im Verhältnis zum Staat sollte das Kind mit steigender Entwicklung seiner Kompetenzen als Bürger in das politische Leben eingebunden werden. Dabei ist das Wahlrecht für alle nur ein Lösungsvorschlag: Kindgerechter erscheinen andere Formen des Teilhabens, wie zum Beispiel Kinder- und Jugendparlamente oder -foren, oder ein ständiger Kinder- und Jugendbeirat zu den jeweiligen Landtagen und dem Bundestag. Es ist offensichtlich ungerecht, eine so große und für die Zukunft unserer Gesellschaft so wichtige Gruppe wie alle unter-18-Jährigen so weitgehend wie heute aus dem politischen Leben auszuschließen. Es sind schließlich nicht die heutigen Entscheidungsträger, die mit den Konsequenzen dieser Entscheidungen in den nächsten sechzig, siebenzig Jahren leben müssen, sondern es ist die heute junge Generation. Diese sollte schon allein aus diesem Grund ein Mitspracherecht erhalten.

In einer demokratischen Gesellschaft, in der „alle Staatsgewalt vom Volke“ ausgeht, erscheint das Ausschließen der Jugend als willkürlich und vielen als überholt. Es ist ein bekanntes Dilemma von festen Regeln und daher eines jeden Rechtssystems, dass an gewissen Punkten künstliche Unterscheidungen gemacht werden müssen. Das bedeutet aber nicht, dass diese Unterscheidungen, hier zwischen einem 17-Jährigen und einem 18-Jährigen, nicht hinterfragt werden können.

Doch ist es sinnvoll, allen Bürgern, egal welchen Alters, das Wahlrecht zu geben? Theoretisch wäre es zu fordern, sollten Kinder und Jugendliche als gleichberechtigte Bürger gelten. Wer allerdings Kinder und Jugendliche wirklich ernst nehmen will, was wohl auch

ein richtungsweisendes Zeichen setzen könnte in Zeiten, in denen die Politik- bzw. Politikerverdrossenenheit der Jugend immer wieder beklagt wird, muss überlegen, wie man die Beteiligung der jungen Generation fördern kann, ohne sie zu überfordern. Dies sollte jenseits ideologischer Kämpfe auf einer pragmatischen und anwendbaren Basis geschehen. Es muss demnach Rücksicht genommen werden auf die Bedürfnisse und Fähigkeiten des Kindes.

Einerseits müssen Kinder und Jugendliche mehr Gelegenheit bekommen, frei ihre Meinung zu bilden und dann ihre Interessen auch zu äußern. Dies geschieht in sehr eingeschränktem und durchaus ausbaufähigem Rahmen in Schülervertretungen und in den noch viel zu seltenen und unbeachteten Kinder- und Jugendparlamenten. Andererseits müssen auch diese Kinder, die ihre Interessen noch nicht äußern können, oder zumindest nicht allgemein und abstrakt genug, um in den derzeitigen politischen Diskurs zu passen, beachtet werden. Es mag utopisch anmuten, auch Kindergartenkinder in das Gesetzgebungsverfahren einzubinden. Realistisch muss aber die Forderung sein, dass bei Budgetentscheidungen die Interessen aller Bürger beachtet werden.

Es ist dabei interessant, auf eine Studie des Familienministeriums hinzuweisen, die bestätigt, dass die Anzahl an Betreuungsangeboten für Kinder in Deutschland bei weitem nicht bedarfsdeckend ist (zumindest in den alten Bundesländern). Das ist Besorgnis erregend, besonders in Hinblick auf die Tatsache, dass das Fehlen von Betreuungsmöglichkeiten viele Mütter davon abhält, einen Beruf auszuüben. Dies gilt besonders für ohnehin schon einkommensschwache Familien, die es sich nicht leisten können, eine Tagesmutter oder ein Kindermädchen zu bezahlen. Das wiederum hat Folgen für das wirtschaftliche Wohlergehen der Familie und der Kinder, gerade in den für die Entwicklung so wichtigen frühen Jahren. Eine solche Politik kann kaum kinderfreundlich oder generationengerecht genannt werden.

Im Einklang mit den Bedürfnissen und Fähigkeiten von Kindern und

Jugendlichen, und dem anerkannten Ziel, die jüngere Generation deutlich stärker als bisher in politische Entscheidungsfindungsprozesse einzubinden, fordern wir daher eine Herabsetzung des Alters zum aktiven Wahlrecht auf 16 Jahre bundesweit (passiv ist erst ab 18 praktikabel) sowie eine verstärkte Interessenvertretung für Jugendliche auf Kommunal-, Länder- und Bundesebene. Kinder ab dem Eintritt in die weiterführende Schule wählen dabei Vertreter aus den eigenen Reihen, die sich in Kinder- und Jugendparlamenten organisieren und deren Meinung einen festen Platz in den korrespondierenden „großen“ Parlamenten bekommt.

Jüngere Kinder sehen ihre Interessen in einem „Kinderbeirat“ zu den Parlamenten vertreten, deren Meinung angefordert werden muss und in dem sowohl ältere Kinder als auch Pädagogen (Kindergärtnerinnen, Erzieher, Eltern) und sonstige interessierte und qualifizierte Persönlichkeiten berufen werden. Somit kann ein weit aus gezielterer Einfluss genommen werden als nur durch die Stimmabgabe alle vier Jahre.

Der oben genannte Vorschlag ist natürlich nur einer von vielen; auch die Anwälte des Wahlrechts für alle haben einige gute Argumente. Wichtig ist uns aber vor allem, dass Kinder in der Politik eine größere Rolle spielen. Dabei sehen wir es nicht als notwendig, dafür die Interessen z.B. der Rentner zu verdrängen, und anerkennen das potenzielle Demokratiedefizit, das durch ein Beiratsystem entstehen könnte. So lange aber Kinder und Jugendliche in der Politik nicht ernstgenommen werden, müssen ihre Interessen auf solche Weise kommuniziert und durchgesetzt werden.

Der Arbeitskreis Kinderrechte wird demnach die Parteiprogramme für die Bundestagswahl 2002 auf die Anerkennung von

- Gleichberechtigung von Kindern und Jugendlichen
- Kindern als eigenständigen Trägern von (Menschen-)Rechten
- dem Recht des Kindes auf Unversehrtheit
- Kindern als Teilnehmern in politischen Leben

im Rahmen des Politiktests 2002 in Berlin prüfen.

Forderungen an eine generationengerechte Kinder- und Jugendpolitik

1. Wird dem Minderjährigen ausdrücklich ein Subjektstatus zugewiesen, d.h. seine Stellung als eigenständiger und voll gleichberechtigter Träger von Menschenrechten?
2. Wird das Defizit an Demokratie und Menschenrechten hinsichtlich der gegenwärtigen Situation der Kinderrechte in Deutschland betont?
3. Soll die Altersgrenze beim aktiven Wahlrecht auf 16 Jahre herabgesetzt werden?
4. Sollen die Vorbehalte der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen zurückgenommen werden?
5. Soll das Züchtigungsrecht de facto abgeschafft werden?
6. Soll die Rolle und Verbreitung von Kinder- und Jugendparlamenten auf allen politischen Ebenen gestärkt werden?
7. Sollen Kinder- und Jugendbeiräte mit ausreichenden Mitsprache- und Mitentscheidungsrechten (auch Budgetrecht) eingerichtet werden?
8. Sollen vermehrt Kindertagesstätten und andere Betreuungseinrichtungen geschaffen werden?
9. Soll die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch weitere Maßnahmen (etwa alternative Arbeitszeitmodelle, Ganztageschulen) gefördert werden?
10. Soll die soziale Absicherung von Kindern, etwa durch eine Erhöhung des Kindergeldes (idealerweise auf 300 Euro), sichergestellt werden?

Katrin Müller van Ißem

Literatur

Kiesewetter, Benjamin: Die Gleichberechtigung der jungen Generation. In: Gesellschaft für die Rechte zukünftiger Generationen (Hg.): Ihr habt dieses Land nur von uns geborgt. Hamburg 1997 (Restexemplare bei: Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen, Postfach 5115, 61422 Oberursel)

Kinderrächtszänker (Hg.): Die Diskriminierung des Kindes. Berlin 1998 (zu beziehen über: KRÄTZÄ, Druckerstr. 11, 10437 Berlin)

Viehöver, Martin G.: Gib der Jugend eine Chance! In: Weiß, Arne; Junger, Julia; Sohr, Sven (Hg.): Montag Dienstag Zukunft. Baden-Baden 2001

To Follow the Better Argument

Our Discussion Rules

In most organisations, and in nine tenths of all big companies, discussions are alarmingly unproductive. This is less due to the participants than to the fact that people have never thought about what discussion culture produces the best results.

The following discussion rules form part of the Corpus Iuridicum of YOIS, being a guide for making discussions as effective and efficient as possible and providing a friendly discussion atmosphere.

Three fundamental principles

1.) Criticism should be constructive

Constructive criticism is a very important feature of good discussions and thus contributes to the outcome of the discussion.

How to criticise constructively? Whoever criticises something, should at the same time tell the others, how it could be done better, i.e. offer a better alternative. For example you can criticise many aspects of democracy as a type of state – decisions lasting long, politicians, technically incompetent but popular among the people, being elected etc. Destructive would mean here to simply criticise it without thinking about whether there are really better alternatives. In the case of constructive criticism the inconveniences of all the other alternatives are taken into account from the start. In this respect the „least bad“ (=the best) alternative is chosen – democracy. So constructive criticism contributes to preventing wrong decisions.

Participants don't always feel capable of criticising constructively. In this case they may criticise even if it is not constructive. They have to be aware, however, that their criticism does not have the same status as constructive criticism.

In this case, the critique is to seriously endeavour to “hand in later” – as soon as possible - a constructive suggestion.

2.) Try to comprehend your interlocutor's arguments exactly

In the case of debates as regards to content different opinions will frequently arise, even fundamentally different ones. Often the opinion of the person you are talking to seems to be nonsensical and wrong to you. But instead of contradicting immediately, everyone should put an intermediate stage. During this one should listen carefully and try to understand why the interlocutor argues like that (empathy). Each participant of open board meetings should assume that the others are not stupid. Maybe he or she has gained an experience forcing him to have this point of view. For this reason you first of all should ask again in this direction, in order to understand why he or she has this – and no other – opinion. The Indians say about this: „If you want to understand someone, walk seven days in his moccasins.“ It is only after trying to do this, at least intellectually, that you should take a stand by approving or rejecting his or her contribution.

3.) You have to be prepared to revise your point of view if you notice that others have the better arguments.

This is the most important basic principle, which does not mean that each attempt at coming to a consensus is doomed to fail.

We are not talking about willingness to compromise, but about willingness to consensus. Willingness to compromise means to give in even if you are not convinced of the others' arguments.

Willingness to consensus means you are prepared to be persuaded by better arguments, even if you had a completely opposing opinion at the beginning.

This principle does not require more than listening carefully and unprejudiced according to common sense. Thus you will realize very soon which argument is the best.

It is particularly difficult to observe this principle if you have thrown a suggestion up for discussion and someone else another suggestion. In this case most people do not consider both suggestions to be equivalent, neither do they weigh up the pros and cons. Instead, they insist on their statement and defend it strongly. Just to be stubborn or because of wounded vanity they pass up the opportunity of following the arguments of someone else.

In order to avoid such an outcome, please never join a discussion in order to „win“. Always go there to „learn“. So you will avoid such traps.

The Ten Rules of Respect

1. Contribute to a polite discussion atmosphere

Even if you consider another participant's opinion simply nonsense, you should not formulate it like that. Everyone knows the basic rules of politeness which say that you should not criticise in a personally offending way whatever the case.

If we are talking about factual issues you should always criticise at a factual level, not at a personal one.

Unintentional statements, especially general conclusions, can be avoided by formulating in the first person. (Instead of „Like this, that doesn't work at all!“ you say: „I don't find your suggestion convincing yet. I am missing...“) If you want to criticise somebody personally, this should not be done in an insulting, but in a consulting way.

2. Personal differences of opinion have to be cleared up before the factual ones.

At the beginning of a discussion, there are often conflicts both at a personal and at a factual level. Always make first the personal conflicts a subject of discussion, and do not start a factual discussion without having resolved them.

3. Try to avoid the formation of cliques.

If you have a problem with one of the participants, talk to him about it, not to the others. Talk to a person, and not about him or her.

Only if you do not find, even after serious efforts, a solution at this personal level, call in the rest of the group.

4. Sometimes „still waters“ run deep

Basically, everyone is given the same time to speak. There will always be some people who do not (want to) take their whole time allowed or any time at all, the group should tolerate this because the „stiller“ participants can express themselves in a different way as well, if they want to do so.

5. Respect for the speaker

Each person who talks has a claim that the others listen to him and that they neither interrupt him nor chat to each other. In order to achieve that only one person speaks, the speaker can be given a “talking stick”.

6. Respect for the listeners

Each speaker handles the time of the others respectfully. The contributions should be well thought-out and short.

If speakers spin out their contributions, e.g., by repeating themselves, this proves a lack of respect to the audience. Should a participant speak much more often than the others, the time allowed could be limited.

7. Discourse without any dominance

The group should be open for opinions differing from the one of the majority. Nobody should see himself, for any reason, prevented from putting his point of view or expressing his feelings.

8. Leaving aside inter human sympathies and antipathies during factual discussions

In every group there will be affection and dislike among the members. Such sympathies and antipathies should, however, not cause you to support someone on a factual issue particularly and reject another one only because you do not like this person very much. If there is aversion between two persons within the group, this is likely to influence the whole discussion in a negative non-efficient manner

Therefore a certain coolness is important. The best solution is trying to fairly get along with everybody.

9. Avoiding destructive behaviour

Some discussions fail, because individual participants due to their character have an arrogant or self-pitying nature and consequently behave like this in discussions. The YOIS meetings are not the platform to act out personal and emotional problems.

10. Let your interlocutor save his or her face

If you have convinced the others to agree in a much sought-after issue, see to it that they can save their faces.